Beschlussvorlage der Verwaltung

Fachbereich II
Aktenzeichen:
Vorlage Nr.: BV/1330/2020

Vorlage für die Sitzung			
Jugendhilfeausschuss	Entscheidung	11.03.2020	öffentlich

Beratungsgegenstand:	(Neu-) Ausrichtung der Jugendbeteiligung und Teilnahme am Praxisprojekt "Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung" des MKFFI, des LVR-Landesjugendamtes und des LWL-Landesjugendamtes
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:	keine
Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:	keine

1. Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Teilnahme am Praxisprojekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ des MKFFI, des LVR-Landesjugendamtes und des LWL-Landesjugendamtes.

2. Erläuterungen:

Das Jugendamt wird über den Sachstand der (Neu-) Ausrichtung der Jugendbeteiligung in Rheinbach (Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.07.2017) berichten. Frau Julia Hoffmann, die Jugendpflegerin des Jugendamtes, wird hierzu über die abgeschlossene Befragung von jungen Menschen im Alter von 14 Jahren bis 21 Jahren vortragen.

Ausgehend von den Ergebnissen der Befragung wird Frau Hoffmann konkrete, kurzfristige erste Umsetzungsideen aufzeigen sowie mögliche längerfristige Entwicklungslinien der Beteiligung von Jugendlichen.

Die Ergebnisse der Befragung sowie die davon ausgehenden konkreten Handlungsziele sind in der Arbeitsgruppe zur Jugendhilfeplanung besprochen worden, viele Hinweise und Anregungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Jugendhilfeplanung sind in die Umsetzungsideen mit eingeflossen.

Die Power Point Präsentation die Frau Hoffmann in der Sitzung verwendet, wird als Tischvorlage allen JHA-Mitgliedern in der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Ausgehend von den Ergebnissen der Jugendbefragung und als ein Baustein der angestrebten

Umsetzungen empfiehlt das Jugendamt die Teilnahme am Praxisprojekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ des MKFFI, des LVR-Landesjugendamtes und des LWL-Landesjugendamtes.

Das Projekt möchte die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen sicherstellen. In diesem Sinne decken sich hier die Ziele des Ministeriums, des Landschaftsverbandes und unserer Kommune.

Durch die Teilnahme an dem Praxisprojekt, an welchem in NRW 50 ausgesuchte Kommunen teilnehmen werden (eine Voranfrage zur Möglichkeit der Teilnahme ist an den LVR durch das Jugendamt gestellt worden und positiv beantwortet worden), ist eine Begleitung und Beratung unserer kommunalen Prozesse zur (Neu-) Ausrichtung der Jugendbeteiligung gewährleistet. Ebenso wie ein regelmäßiger interkommunaler Austausch mit den anderen teilnehmenden Kommunen und eine Sicherstellung der Einbindung aller kommunalen Strukturen, wie etwa der Verwaltung, der politischen Gremien und nicht zuletzt der Kinder- und Jugendlichen selbst.

Dies ist ganz im Sinne des bereits durch das Jugendamt begonnenen Prozesses und dessen Begleitung durch die Arbeitsgruppe zur Jugendhilfeplanung.

Wichtig ist es, dass die Teilnahme am beschriebenen Praxisprojekt nur ein Baustein des begonnenen Prozesses der (Neu-)Ausrichtung der Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen in Rheinbach sein wird (über die geplanten kurzfristigen weiteren Maßnahmen und Projekte berichtet Frau Hoffmann in der Sitzung). Hierbei geht es vor allem um die Verankerung einer eigenständigen Jugendpolitischen Ausrichtung.

Die Teilnahme am Praxisprojekt ist ohne einen positiven Beschluss des Jugendhilfeausschusses nicht möglich und wäre auch nicht sinnvoll, da gerade der Jugendhilfeausschuss der Garant von beteiligungsorientierten, kommunalen Jugendstrukturen sein soll.

Zusätzliche Haushaltsmittel sind für die Teilnahme am Projekt nicht nötig.

Rheinbach, den 14.,02.2020

gez. Dr. Raffael Knauber
Erster Beigeordneter

gez. Wolfgang Rösner
Fachbereichsleiter

Anlagen:

Kurzbeschreibung Projekt EJP